

06.06.2003 - 11:38 Uhr

SGB/USS: Bundesrat beschliesst massive Mehrkosten für Kranke

Bern (ots) -

Obwohl sich im Vernehmlassungsverfahren eine Mehrheit gegen die Erhöhung der Kostenbeteiligung ausgesprochen hat, will der Bundesrat die Grundfranchise bei der Krankenversicherung auf 300 Franken und den Selbstbehalt auf 700 Franken erhöhen. Damit werden nicht nur die Versicherten mit immer höheren und unsozialen Krankenkassenprämien belastet, sondern auch die Kranken mit höheren Selbstbeteiligungen bestraft. Unter dem Strich bedeutet der Beschluss des Bundesrates, dass die Leistungen der Krankenkassen trotz höherer Prämien gekürzt werden. Leidtragende sind in erster Linie die Versicherten mit niedrigem Einkommen, die die höhere Selbstbeteiligung am stärksten spüren werden.

Der Bundesrat geht mit seiner Politik der höheren Selbstbeteiligung einen falschen Weg. Er setzt voraus, dass die Versicherten durch ihr Verhalten einen Einfluss auf die Gesundheitskosten ausüben könnten. Das ist aber nur in sehr geringem Mass möglich. Über den Umfang der medizinischen Leistung im Krankheitsfall entscheiden Arzt und Spital und kaum der Patient. Die Heraufsetzung der Selbstbeteiligung führt vielmehr zu insgesamt höheren Gesundheitskosten: Viele Kranke mit niedrigem Einkommen werden aus Kostengründen den Arztbesuch hinauszögern und so ihre Krankheit verschlimmern und die Behandlungskosten verteuern.

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Auskunft:

Colette Nova, Tel. 079 428 05 90
Pietro Cavadini, Tel. 079 353 01 56

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100463833> abgerufen werden.